

Der Kollaps der deutschen Arztpraxen

Ambulante Gesundheitsversorgung, wie die Menschen in diesem Land sie kennen und wertschätzen, wird bald Geschichte sein, warnt *Andreas Gassen*

Für die freien akademischen Heilberufe ist dies ein heißer Herbst. Die niedergelassenen Haus- und Fachärztinnen und -ärzte sowie Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sehen sich mit einer Gesundheitspolitik konfrontiert, die ihnen zunehmend und systematisch die Grundlagen ihrer Tätigkeit entzieht. Gleiches gilt für zahnärztliche Praxen und die Apotheken. Das Ausmaß an Frust und Wut ist so groß wie seit Jahrzehnten nicht. Selbst während der Corona-Pandemie, die ein besonderer Stresstest war, war die Stimmung nicht so angespannt wie heute. Die Entwicklung ist frapierend: Während im Jahr 2019 „nur“ 30 Prozent der Niedergelassenen mit ihrer Arbeitssituation unzufrieden waren, bewertete Anfang 2023 bereits mehr als jeder zweite Haus-/Facharzt oder Psychotherapeut seine berufliche Lage als schlecht oder sehr schlecht, wie eine Erhebung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung zeigt. Andere Umfragen bestätigen diesen Befund, ebenso wie zahllose persönliche Berichte aus den Praxen.

Leider scheint die Gesundheitspolitik dieser Legislatur mit Minister Karl Lauterbach mit partieller Blindheit geschlagen: Krankenhäuser und deren Existenzsicherung sind in aller Munde, dabei wird völlig „übersehen“, welche Rolle die Praxen in der Versorgung spielen und wie desolat die Situation dort ist. Selbstverständlich sind Krankenhäuser ein essenzieller Bestandteil der Versorgung und müssen ausreichend finanziert werden. Doch die wenigsten Menschen gehen regelmäßig ins Krankenhaus, sehr wohl aber zum niedergelassenen Haus- oder Facharzt, viele auch zum Psychotherapeuten. Die Praxen versorgen 578 Millionen Fälle im Jahr, in den Krankenhäusern

sind es nur 16,8 Millionen pro Jahr. Gleichwohl erhält der stationäre Sektor ein milliardenschweres Subventionspaket nach dem anderen (elf Milliarden Euro stehen aktuell im Raum), während der ambulante Bereich an chronischer Unterfinanzierung leidet. Jede zehnte ärztliche Leistung wird nicht bezahlt, von Inflation, drastisch gestiegenen Energie- und Personalkosten ganz zu schweigen. Viele Praxen sind nicht mehr in der Lage, überhaupt noch Personal zu finden oder zu halten, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Patientenversorgung.

Ein weiteres relevantes Problem: die Bürokratie. Im Schnitt verbringt eine Praxis mehr als 61 Arbeitstage im Jahr mit bürokratischen Pflichten – das sind 61 Tage, die in der Patientenversorgung fehlen. Oder nehmen wir die Digitalisierung: In der schönen neuen Welt des Bundesgesundheitsministers soll sie Praxen entlasten und die Patientenversorgung verbessern. Das ist ein hehres Ziel, doch bislang ist eher das Gegenteil der Fall. Das digitale Verfahren bei der elektronisch zu übermittelnden Krankschreibung dauert im Schnitt 50 Sekunden länger pro Fall als der papiergebundene Prozess. Hochgerechnet auf alle vertragsärztlichen Praxen bedeutet das einen zusätzlichen Aufwand von 1,25 Millionen Stunden pro Jahr. Ein weiteres Ärgernis sind Regressforderungen der Krankenkassen, oft über Kleinstbeträge, für sogenannte unwirtschaftliche Verordnungen, selbst wenn diese aus medizinischer Sicht geboten sind.

Diese und noch viele weitere Probleme schrecken nicht nur den ärztlichen Nachwuchs ab, auch aktuell tätige Kolleginnen und Kollegen können und wollen unter diesen Bedingungen nicht mehr arbeiten. Unter dem Motto „#Praxenkollaps – Praxis weg, Gesundheit weg“ machen die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Kassenärztlichen Vereinigungen sowie ärztliche und

psychotherapeutische Berufsverbände seit Wochen auf die Probleme aufmerksam. Bisheriger Höhepunkt war eine Krisensitzung am 18. August in Berlin, auf der sieben Forderungen zur Rettung der ambulanten Versorgung verabschiedet und an Bundesgesundheitsminister Lauterbach übermittelt wurden (nachzulesen unter www.kbv.de/html/praxenkollaps.php). Die Vertragsärzte- und Vertragspsychotherapeuten haben es jedoch nicht bei Forderungen be-

Minister mittlerweile einige Vorschläge von uns aufgegriffen zu haben. Und wir sind weiter im Gespräch mit ihm. Alles andere wäre ein Affront gegenüber den 185.000 Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die – noch! – tagtäglich für ihre Patienten da sind. Nicht auszuschließen bleibt, dass der Minister möglicherweise eine hidden agenda verfolgt: die Abschaffung der ambulanten ärztlichen Versorgung durch selbstständige Praxen zugunsten einer staatlich gelenkten krankenhauszentrierten Versorgung mit Vorschaltung nichtärztlicher Primärversorgung à la Gesundheitskioske, community health nurses etc. Das sollte man den Menschen in diesem Land dann aber auch deutlich sagen.

Karl Lauterbach hat den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, mit ihm werde es keine Leistungskürzungen geben. Das Gegenteil ist der Fall. Am Ende sind es die Patientinnen und Patienten, die nicht nur von Ärztemangel, Praxisschließungen und langen Wartezeiten betroffen sein werden, auch der soziale Kitt wird weiter bröckeln. Die inhabergeführten Praxen versorgen nicht nur, sie waren für die Menschen vor Ort bisher das Versprechen: Wir sind für Euch da. In den Strukturen, die Karl Lauterbach vorschweben, gibt es keine derartigen Versprechen, falls doch, werden sie gebrochen werden. Deshalb ist es an der Zeit, dass der Bundeskanzler ein Machtwort spricht und diese verheerende Entwicklung stoppt. Sonst wird die wohnortnahe ambulante Gesundheitsversorgung, wie die Menschen in diesem Land sie kennen und wertschätzen, bald Geschichte sein.

Der Autor ist Orthopäde, Unfallchirurg und Rheumatologe. Seit 2014 ist er Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.



JEDE ZEHNTE
ÄRZTLICHE
LEISTUNG WIRD
NICHT BEZAHLT,
VON INFLATION,
DRASTISCH
GESTIEGENEN
ENERGIE- UND
PERSONALKOSTEN
GANZ ZU
SCHWEIGEN

lassen, sondern gleichzeitig konkrete Vorschläge zur Lösung der angesprochenen Probleme unterbreitet.

Wir haben einen Bundesgesundheitsminister, der die gewaltigen Probleme in der ambulanten Versorgung bisher eher ausgeblendet hat. Mittlerweile gab es ein intensives Gespräch, in dem Karl Lauterbach zugesagt hat, den Vertragsarztpraxen weit entgegenzukommen. Diesen Ankündigungen müssen jetzt Taten folgen. Immerhin: Zur Entbürokratisierung scheint der